

SPD und „Pro Kluftern“ wenden sich im Ortschaftsrat gegen **Umlegung** von Grundstücken

Antrag bewirkt Verfahrenspause

Der Beschluss eines Umlegungsverfahrens im Gebiet „Kluftern Süd“, wo das MTU-Logistikzentrum gebaut werden soll, ist im Ortschaftsrat Kluftern nicht gefasst worden. Die SPD-Fraktion und die Bürgerinitiative „Pro Kluftern“ stellten einen Antrag zur Aussetzung des Verfahrens.

VON
GABY FÖHR

Friedrichshafen-Kluftern – Weder der Leiter des Liegenschaftsamtes Gerhard Flogaus noch Ortsvorsteher Clifford Asbahr konnten die Räte in der jüngsten Ortschaftsratsitzung von der „Kontraproduktivität“ des Antrages überzeugen. Mehr als eine Stunde wurde dieser Tagesordnungspunkt heiß diskutiert. Um den Bau des Logistikzentrums im Gewerbegebiet Kluftern Süd so schnell wie möglich zu realisieren, dürfe keine Zeit mehr verloren gehen, hieß es. Darum, so erklärte Gerhard Flogaus, müsse mit dem Umlegungsverfahren noch vor der endgültigen Festlegung des Plangeltungsbereiches begonnen werden. „Sonst verlieren wir wieder Zeit, kostbare Zeit, die wir nicht haben“, appellierte Flogaus.

Die Gespräche mit den Grundstückseigentümern im betreffenden Gebiet laufen ruhig und sachlich, hieß es weiter. Mehr durfte der Leiter des Liegenschaftsamtes in öffentlicher Sitzung nicht sagen. Dennoch sahen sich die SPD-Fraktion und die Bürgerinitiative „Pro Kluftern“ nicht in der Lage, dem Umlegungsverfahren zuzustimmen. Bernd Caesar (SPD) stellte den Antrag zur Aussetzung des Verfahrens, bis im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Klarheit über den Planungsbereich besteht. „Es macht jetzt keinen Sinn, einen Umlegungsbeschluss zu fassen, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiß, wie der endgültige Bebauungsplan aussieht“,

„Es macht jetzt keinen Sinn, einen Umlegungsbeschluss zu fassen, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiß, wie der endgültige Bebauungsplan aussieht.“

Wolfgang Sigg (SPD)

der die Freien Wähler noch die CDU-Fraktion ging mit dem Entschluss der Ratskollegen konform. „Wir haben durch den Gemeinderat eine andere Beschlusslage. Was wir hier tun, ist kontraproduktiv“, gab Peter Schwarz-

argumentierte Wolfgang Sigg (SPD). Walter Zacke von Pro Kluftern fasste die Tragweite dieses Beschlusses so zusammen: „Dadurch sehen wir die zeitnahe Realisierung des Logistikzentrums nicht.“

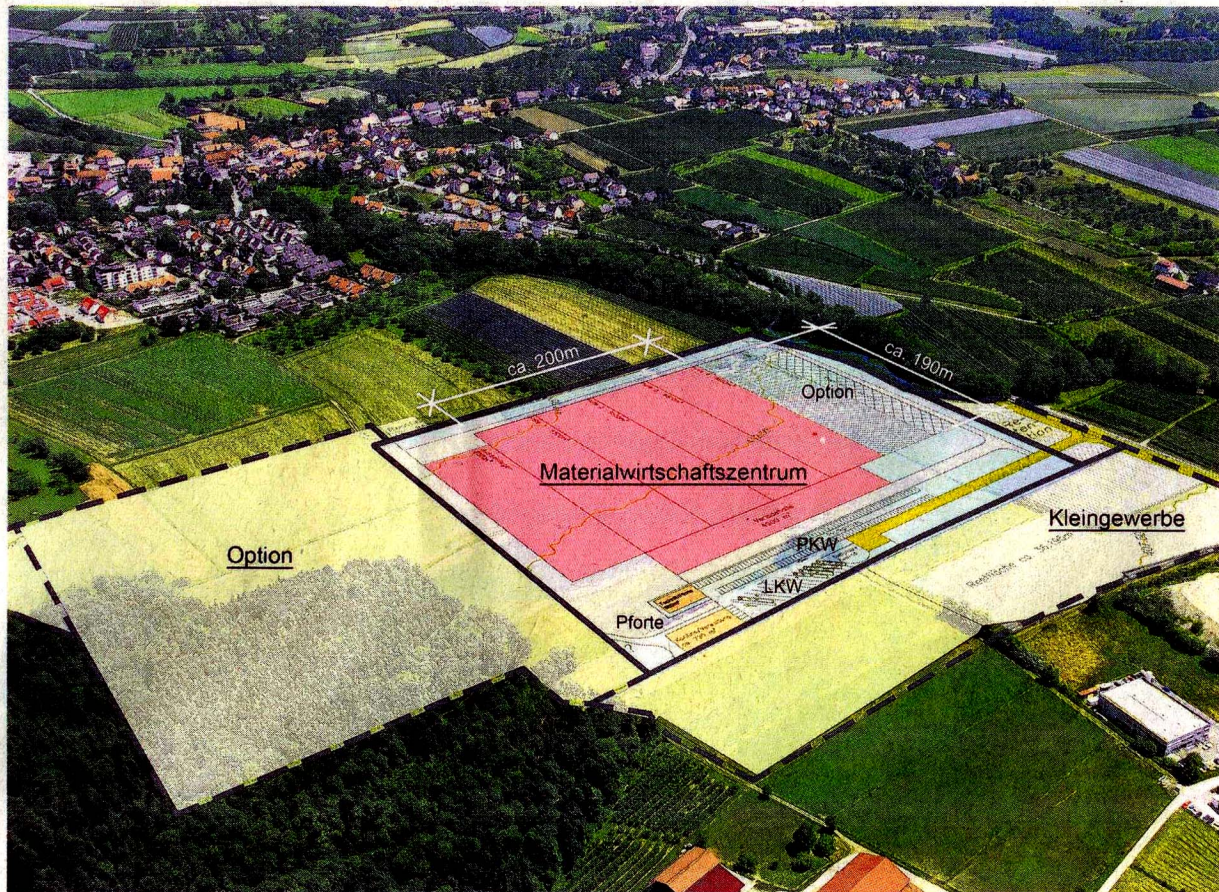
Wenig erfreut nahm Ortsvorsteher Clifford Asbahr diesen Änderungsantrag zur Kenntnis. Weder

die Freien Wähler noch die CDU-Fraktion ging mit dem Entschluss der Ratskollegen konform. „Wir haben durch den Gemeinderat eine andere Beschlusslage. Was wir hier tun, ist kontraproduktiv“, gab Peter Schwarz-

ott (FW) zu bedenken. Und er fügte hinzu: „Ein Umlegungsverfahren in diesem Fall ist völlig normal und legitim.“

Die Umlegung von Grundstücken ist ein Rechtsinstrument zum Zweck der Durchführung einer verbindlichen Bauleitplanung. Im Fall „Gewerbegebiet Kluftern Süd“ geht es um rund 22 Hektar. Alle Grundstücke sind von der Umlegung betroffen. Die Grundstücke werden unter Berücksichtigung ihres Verkehrswertes ohne Wertgewinn oder -verlust gegebenenfalls mit Hilfe von Ausgleichszahlungen derart getauscht, dass eine Parzellierung entsteht, die eine vernünftige Realisierung der Planung ermöglicht.

Eine Umlegung geschieht in der Regel auf freiwilliger Basis durch die betroffenen Eigentümer, kann jedoch auch nach Baugesetzbuch von der Stadt erledigt werden. Der Ortsvorsteher Clifford Asbahr sowie der Leiter des Liegenschaftsamtes sagten, dass man derzeit auf gutem Wege sei, auf privatrechtlicher Schiene mit den Eigentümern eine Lösung zu finden. Rechtsanwalt Wolfgang Sigg erklärte: „Eine Umlegung bedeutet keine Enteignung, sondern man erreicht dadurch lediglich eine gewisse Ordnung. Kein Eigentümer kann zum Verkauf seines Grundstückes gezwungen werden.“ Dennoch stimmte auch er dem Änderungsantrag seines Kollegen zu.



Vorläufige Planung des Materialwirtschaftszentrums der Tognum-Tochtergesellschaft MTU Friedrichshafen auf dem Gelände des geplanten Gewerbegebiets „Kluftern Süd“. Stand: 26. Juni 2008. Positionierung der Baukörper und Flächen befinden sich noch in der Abstimmung.